

# Antifaschismus

## Marxistische Positionen zum Mitnehmen

**Den Nazis und RassistInnen entgegenzutreten, sie nicht ungestört lassen bei Aufmärschen, Veranstaltungen und Konzerten - das ist eine wichtige Aufgabe für AntifaschistInnen. Aber: kann das alles sein?**

### Unersättlich und gierig

Die FPÖ verbreitet ihre hetzerischen Positionen und verankert sie immer stärker in den Köpfen vieler ÖsterreicherInnen. Burschenschafter und Nazis treten offen bei rechten Demos oder Gedenkveranstaltungen auf oder sitzen sogar im Parlament. Der Einfluss und das Auftreten der extremen Rechten sind eine Gefahr für unterdrückte Gesellschaftsgruppen und linke AktivistInnen. Entwicklungen in anderen europäischen Ländern zeigen gefährliche Tendenzen auf.

Aber wie bekämpfen wir die Nazis? Wie können wir den Rassismus stoppen? Und was für Alternativen brauchen wir? Heute wählen sehr viele ArbeiterInnen und Jugendliche rechte Parteien. Ihr Ärger und ihre Wut über die Politik sind mehr als berechtigt (was keinerlei Entschuldigung dafür ist, dass sie KollegInnen mit Migrationshintergrund als Sündenbock missbrauchen). Mit humanistischen Appellen werden wir aber wenige überzeugen.

Wir brauchen eine fassbare und realistische Alternative zur rassistischen Hetze. Wir müssen erklären, wer von Schandlöhnen und überhöhten Mieten für MigrantInnen profitiert. Wir müssen erklären, dass niedrige Löhne und hohe Mieten für MigrantInnen in Folge Lohn- und Mietdruck für alle arbeitenden Menschen bedeuten. Es gibt derzeit aber keine Alternative von links, die den Ärger auffängt und der Hetze der Rechtsextremen eine internationalistische und antikapitalistische Perspektive entgegensetzt.

### SPÖ und Grüne spielen mit

Gesamtgesellschaftlich sind es vor allem die weit verbreiteten rassistischen Vorurteile, wo Parteien wie die FPÖ punkten können. In Österreich wählten



in manchen Wahlen bereits knapp 30% die FPÖ, rund die Hälfte der Bevölkerung gibt in Umfragen offen rassistische Vorurteile zu Protokoll. SPÖ und ÖGB spielen munter mit, de facto wurden alle fremdenrechtlichen Verschlechterungen der letzten Jahrzehnte von der SPÖ verantwortet oder zumindest mitbeschlossen. Und die Grünen sind mit der Industriellenvereinigung im Einklang und sprechen sich für Zuzugsbeschränkungen aus – im vollen Bewusstsein, dass jede Beschränkung Abschiebungen bedeuten muss.

### Antifaschismus reicht nicht...

Wir sollten nie vergessen, dass MigrantInnen heute weit mehr Angst vor dem staatlichen Rassismus haben müssen als vor ein paar Nazi-Schlägern. Es geht also weder um ein paar dumme Nazi-Glatzköpfe noch um die (politisch weitaus gefährlicheren, weil besser verankerten) Burschenschaften. Es geht um eine gesellschaftliche Situation und wie wir damit am Besten umgehen.

Fortschrittlich denkende Menschen haben natürlich ein grundsätzliches

Interesse daran, dass recht(sextrem)e Kräfte möglichst schwach sind. Viele Linke sehen die Verhinderung eines Rechtsrucks als eine der wichtigsten Aufgaben an. Oftmals zielen solche Kampagnen aber, zumindest indirekt, vor allem auf die Schwächung rechter Parteien bei Wahlen ab. Dabei wird einerseits übersehen, dass bürgerliche Wahlen im Klassenkampf und der gesellschaftlichen Gesamtsituation nicht die entscheidende Rolle spielen. Andererseits führt das dann oft zu hilflosen Wahlaufrufen für die „etwas weniger rassistische Alternative“.

Im Kampf gegen Rechtsextreme und ihre Mobilisierungen orientieren sich heute viele AntifaschistInnen auf ein Bündnis „aller DemokratInnen“, weil sie sich so eine möglichst breite Front gegen die Nazis erhoffen. Es geht aber nur zu oft ein eigenständiges, antikapitalistisches Profil verloren oder wird, um mögliche (bürgerliche) BündnispartnerInnen nicht abzuschrecken, aufgegeben oder zurückgesteckt. Dabei wird der Vereinnahmung durch bürgerliche Kräfte Tür und Tor geöffnet und die Integration in den offiziellen Mainstream

ermöglicht – und somit werden rassistische Maßnahmen und Strukturen kaschiert bzw. bekommen eine Flankendeckung.

Real landen viele dann in einer Front mit dem neoliberalen Establishment, das für die sozialen Angriffe (und den Rassismus) verantwortlich ist. Die einzigen, die von einem solchen „Antifaschismus“ profitieren, sind die Rechtsextremen, die sich von einem solchen Bündnis gut abgrenzen können und sich als die einzigen darstellen können, die nicht mit den herrschenden Eliten paktieren (was natürlich Unsinn ist, die extreme Rechte ist integrierter Teil des kapitalistischen Normalzustandes). Unsere Antwort hingegen ist untrennbar antifaschistisch und antikapitalistisch und somit systemüberwindend.

Klar ist, dass wir alle nur über begrenzte Ressourcen verfügen. Das Setzen von Schwerpunkten in der politischen Arbeit sollte nicht nach moralischen Gesichtspunkten erfolgen, wonach rechte Parteien gegenüber dem normalen kapitalistischen Wahnsinn und Elend „besonders schlimm“ wären. Vielmehr brauchen wir eine längerfristige Strategie, die den Kampf gegen Rechts mit ei-



ner revolutionären Perspektive und der Verankerung in der ArbeiterInnenklasse verbindet.

Im Kampf gegen Rassismus und Faschismus setzen wir auf die Lohnabhängigen, also die ArbeiterInnenklasse – denn das sind diejenigen, die die Ge-

sellschaft am Funktionieren halten, aber auch zum Erliegen bringen können. Das ist ganz einfach: wenn SchülerInnen oder Studierende streiken, ist das gut, stört aber das Funktionieren des Staates wenig bis gar nicht. Wenn aber die großen Werke still stehen, kostet das die KapitalistInnen Millionen. Wenn die ÖBB, die Post und die Energie-Betriebe streiken, ist Schluss mit Lustig. Wir werden also versuchen müssen, uns in den Betrieben zu verankern, wo wir den KapitalistInnen wirklich ans Bein pinkeln können.

Derzeit sieht es hier nicht gut aus, gerade unter manuellen ArbeiterInnen ist die FPÖ stark. Doch in sozialen Kämpfen zeigt sich für die KollegInnen, wo ihre Verbündeten sind: rechte Parteien werden sich schnell abwenden oder werden versuchen, die KollegInnen gegeneinander auszuspielen. Auf der anderen Seite stehen in solchen Kämpfen KollegInnen verschiedener Herkunft gemeinsam für ihre Rechte ein und gehen gemeinsam auf die Straße. Und die Aufgabe von RevolutionärInnen wird sein, diese Kämpfe zu unterstützen und ihnen eine systemüberwindende, revolutionäre und sozialistische Perspektive zu geben.

## Nein zur Festung Europa - Bleiberecht für alle!

Die EU schreibt sich ganz groß auf die Fahnen ein „Friedensprojekt“ zu sein. Die Realität sieht freilich ganz anders aus. Alleine schon innerhalb der EU ist eine Gleichberechtigung zwischen den Ländern weit entfernt. Bei neuen Mitgliedsländern wird die „Personenfreizügigkeit“, d.h. dass Menschen ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz innerhalb der EU „frei“ wählen können, im Zuge von Übergangsfristen erst mal auf ein paar Jahre eingeschränkt.

Doch besonders stark schottet sich die EU gegen MigrantInnen von außerhalb ab. Dabei sind es gerade die Mächte der EU-Konzerne und die imperialistische Politik der EU, die für das Elend in großen Teilen der Welt (mit)verantwortlich sind. Und sie setzen alles daran, dass sich das nicht so schnell ändert. Jene Menschen, die diesem Schicksal entfliehen wollen und ein besseres Leben im „Westen“ suchen, wird dieser Wunsch verwehrt. Sie werden als „Asylanten“ geringschätzt

gebrandmarkt und von den Medien als Kriminelle und Drogendealer dargestellt. Die EU macht ihre Grenzen dicht und sieht zu, wie Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, wenn sie nicht selbst Boote zum Kentern bringt.

Für AsylwerberInnen, die es überhaupt erstmal in die EU geschafft haben, braucht es auf jeden Fall ganz klare Verbesserungen (Unterbringung, Arbeitserlaubnis, staatliche Leistungen...). Eine Beschleunigung der Asylverfahren ist jedoch keine Lösung. Denn ist es besser, wenn Menschen früher abgeschoben werden? Statt einer Beschleunigung müssten diese ganzen menschenunwürdigen Verfahrensweisen entsorgt werden.

### Nein zur rassistischen Hetze!

Alle Menschen dieser Welt haben ein Anrecht auf ein sicheres und würdiges Leben. So oder ähnlich, heißt es doch in den Menschenrechtserklärungen. In

der Praxis kann das nur bedeuten, den engen Rahmen des bürgerlichen Nationalstaats nicht zu akzeptieren und die Grenzen für alle zu öffnen, die hier leben wollen. Letztlich muss es darum gehen, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort so zu verbessern, dass Armut und persönliche Verfolgung als Gründe für Migration wegfallen. Bezahlt werden muss das Ganze aus den Profiten der Konzerne und durch die Enteignung der Herrschenden.

Ebenso gilt es, sich dem rassistischen Integrations-Diskurs entgegen zu stellen, der MigrantInnen nur bei uns haben will, wenn sie für die Wirtschaft gewinnbringend sind und sich anpassen. Als AntikapitalistInnen kämpfen wir grundsätzlich dagegen, sich den vermeintlichen „Sachzwängen“ der Wirtschaft, also den Profitinteressen der KapitalistInnen, unterzuordnen. Das sollten wir gemeinsam mit all unseren KollegInnen, egal woher sie kommen, tun.